

## BUCHBESPRECHUNGEN

ROLF SANNWALD / JAQUES STOHLER:

Wirtschaftliche Integration. Theoretische Voraussetzungen und Folgen eines europäischen Zusammenschlusses. Mit einem Geleitwort von Albert Coppe, herausgegeben von Harry W. Zimmermann (Studien zur Ökonomik der Gegenwart, herausgegeben von Erwin v. Beckerath und Edgar Salin, Reihe B), Kyklos Verlag Basel, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1958, XIV/245 Seiten, 20,50 DM.

Man darf sich durch den ersten Teil des Titels nicht beirren lassen. Man darf aber auch den zweiten Teil nicht wörtlich nehmen. Beide zusammen stimmen schon eher. Der beste und zutreffendste Buchtitel wäre vielleicht gewesen: „Theoretische Probleme einer Wirtschaftsintegration.“

Darum dreht es sich nämlich auf all den vielen Seiten. Dabei sind es de facto gar nicht „viele“. Es scheint einem nur so — und das ist schlecht. Das Buch ist, offengestanden, schwierig zu lesen. Die Sprache ist keinesfalls flüssig und die Behandlung der Probleme unübersichtlich. Die ununterbrochene Verwendung von Ländern A, B, C, D usw. verwirrt im wechselseitigen Durcheinander mehr als üblich. Das hätte vermieden werden können.

Die Autoren sind durchaus up to date. Sie kennen die einschlägige Literatur genau, aber sie verarbeiten dieselbe auf eine Weise, die letztlich alle Fragen offenläßt. Mag sein, daß das nicht anders sein kann. Weshalb dann aber soviel Aufwand, um dies zu beweisen und zusätzlich zu einem Zeitpunkt, wo ein Teil Europas — all den aufgezeigten Schwierigkeiten und

Bedenken zum Trotz — praktisch darangeht, das „Problem der Integration“ zu lösen?

Der allzu theoretische Charakter des Buches verleiht ihm Lehrbucheigenschaften. Ein Lehrbuch selbst ist es aber auch wieder nicht geworden. Dazu wird in ihm zuviel vorausgesetzt. Das ist bei einem informationsuchenden Leser indes fehl am Platz. Ein anderer greift aber kaum zu Lehrbüchern.

Es ist also schwer zu sagen, was dieses Buch wirklich darstellt. Vielleicht hilft die Kapitelübersicht? Allgemeiner Freihandel, Regionaler Freihandel, Methoden der Integration, Währungssysteme und Stabilisierungspolitik, Fiskalpolitik und Faktormobilität. Das klingt absolut ansprechend. Und trotzdem! Man legt das Buch immer wieder resigniert beiseite. Sicher liegt das an der komplizierten Sprache, aber es liegt auch an gewissen dezisiven Formulierungen. Es ist alles in allem ein „schwieriges“ Buch, so wie es auch „schwierige“ Menschen gibt. Und man weiß bei beiden oft nicht genau warum.

Möglich ist, daß jene unvermeidliche Verquickung von Theorie und Politik ein übriges dazu tut, um dieses Klima zu erzeugen. Aber auch das ist nur ein Grund unter vielen.

Dabei waren die Autoren fleißig und haben sich redlich Mühe gegeben, alles Relevante aufzustöbern. Auch ein Sachverzeichnis ist erfreulicherweise vorhanden und eine genaue Literaturangabe. Und trotzdem! Es kann nichts vom Gesagten zurückgenommen werden. Das tut dem Rezensenten selber leid.

*Dr. Johannes Kasnacich-Schmid*

FRITZ BAADE

DIE DEUTSCHE LANDWIRTSCHAFT  
IM GEMEINSAMEN MARKTHeft 4 der Schriftenreihe zum Handbuch der Europäischen  
Wirtschaft, Verlag August Lutzeyer, Baden-Baden —  
Bonn — Frankfurt 1955. 232 S., Ln. 19,80 DM.

Nachdem sich Fritz Baade im Jahre 1952 in seinem Buch „Brot für ganz Europa“ (Verlag Paul Parey) zum Thema der agrarwirtschaftlichen Integration in allgemeiner Form geäußert hatte, bringt er jetzt nach dem Inkrafttreten des EWG-Vertrages eine spezielle Darstellung der Fragen der agrarischen Integration Europas. Dabei wird zunächst die Vorgeschichte der Verträge von Rom dargestellt sowie die agrarwirtschaftliche Situation Europas und der einzelnen EWG-Länder skizziert. Dabei gelingt es Baade wiederum, dem Leser die agrarpolitischen und agrarwirtschaftlichen Fakten und Probleme der EWG-Länder höchst anschaulich vor Augen zu führen. Baade zeigt an vielen Beispielen, wie mit fortschreitender Entwicklung der Volkswirtschaft immer mehr agrarische Arbeit in der Industrie „vorgetan“ wird, wie sich mithin durch Einsatz technischer Hilfsmittel, die in der Industrie in Massenproduktion billig hergestellt werden, die agrarische Produktion ausweitet. Von der Darstellung der Situation in den einzelnen Ländern führt er über zu einer Betrachtung der einzelnen agrarischen Teilmärkte, also des Getreidemarktes, des Marktes für Vieh und Fleisch, Milch, Wein usw. Auch hier wird der Leser sehr anschaulich über die Hauptprobleme informiert. Dabei werden insbesondere die Fragen behandelt, die sich aus der Integration, wie sie durch den EWG-Vertrag erreicht werden soll, ergeben. Baade nimmt dabei vor allem zu der konkreten agrarpolitischen Frage Stellung, die in allen westlichen Ländern, wenn auch in unterschiedlicher Dringlichkeit, ansteht: wie nämlich eine Abstimmung von Produktion und Verbrauch erreicht werden kann. Bisher werden in allen EWG-Ländern bei steigender Produktion die Agrarpreise aus falscher Rücksichtnahme auf die angeblichen Interessen der Erzeuger hochgehalten, und es bilden sich „Überschüsse“, die — wie man weiß — zu volkswirtschaftlichen Kreislaufstörungen ernstester Art und Krisenerscheinungen Anlaß geben können.

Hier stellt Baade die Gedanken dar, die heute Gemeingut der Agrarwissenschaft sind, im Räume der Politik jedoch wenig Beachtung und Gegenliebe finden.

Im letzten Abschnitt seines Buches entwirft Baade ein Bild der deutschen Landwirtschaft im Europa von 1975. Von Vorausschätzungen der allgemeinen volkswirtschaftlichen Entwicklung ausgehend, skizziert er dabei die Probleme, die sich insbesondere hinsichtlich der Umstrukturierung der landwirtschaftlichen Betriebe, hinsichtlich des „Transfers“ von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft in die Industrie und in die Dienstleistungsgewerbe ergeben, u. a. m. Hier hat der Leser allerdings manchmal das Gefühl,

etwas den Boden unter den Füßen zu verlieren, wie überhaupt Baades offenbar unverwüstlicher Optimismus und Glauben an den ökonomischen „Fortschritt“ angesichts der vielen Bedrohungen Europas nicht von jedermann geteilt werden dürften. So wird manchem auch die Abschätzung der Auswirkungen des EWG-Vertrages, den Baade „ein Experiment von atemberaubender Kühnheit“ nennt, nicht immer ganz realistisch erscheinen. Wenn man weiß, welche massiven Kräfte und Interessen einer wirklichen Integration entgegenstehen und welche Möglichkeiten der Vertrag bietet, die bisherige protektionistische Interessentenpolitik, die zur Desintegration führt, beizubehalten, dann wird man schwerlich so bald und so leichtin mit einer wirklichen Integration rechnen. Das macht auch der dankenswerterweise im Anhang abgedruckte Bericht der Beratenden Versammlung des Europarates über den EWG-Vertrag und der Text der Artikel 37 bis 47 des EWG-Vertrages (Bestimmungen über die Landwirtschaft) nur allzu deutlich. *Dr. Ulrich Teichmann*

WERNER ECKHARDT

## KOHLE UND STAHL BAUEN EUROPA

Mit 275 Originalfotos von Rudolf Betz und Norbert  
Leonhard. Maria L. Bohnenberger Europa-Verlag, Bad  
Reichenhall 1958. 256 S. Großformat, Ln. 29,50 DM.

Da steht sie, die Montanunion, das Rückgrat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, in guten Fotos und in gutes Leinen gebunden. Da lachen uns die sechs Kumpels an aus Benelux, Frankreich, Italien und Westdeutschland. Da sind die imposanten Werks- und Förderanlagen, die alten und neuen Verwaltungspaläste, die Siedlungen und Häfen. Menschen und nochmals Menschen, Maschinen und nochmals Maschinen und — nicht zuletzt — die Initiatoren hinter Mikrofonen und Telefonen. Ein Bild der Geschäftigkeit, der — europäischen Tüchtigkeit. Sogar der gewerkschaftlichen Arbeit ist ein Hinweis gewidmet. Ein Buch, das, informativ und anschaulich zugleich, belehrend und begeisternd in einem, als repräsentatives Geschenk wohl geeignet ist.

*W.D.*

WILFRIED GUTH

DER KAPITALEXPORTE IN  
UNTERENTWICKELTE LÄNDERVeröffentlichungen der List-Gesellschaft Bd. 4. Verlag  
J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1957. 167 S.,  
Ln. 16,50 DM.

„Entwicklung ist keinesfalls nur ein Kapitalproblem, sie ist ebenso, ja mehr noch, ein soziales und politisches Problem. Eine Theorie der Entwicklung kann daher nicht allein, ja nicht einmal in erster Linie von der theoretischen Nationalökonomie aufgestellt werden, sie könnte nur in der Zusammenarbeit von Wirtschaftswissenschaftlern, Soziologen, Historikern

und Geographen entstehen, wenn alle diese auch die politischen Fragen nicht außer acht lassen“ (S. 80 f.). So stellt die Arbeit Guths nur einen Beitrag, wenn auch einen wichtigen zur Entwicklungstheorie dar. Selbst wenn Unterentwicklung nur der Ausdruck einer bestimmten kultursoziologischen Situation, einer bestimmten Geisteshaltung sein sollte, die überwunden werden muß, so bedarf es doch des Kapitals, den ökonomischen Prozeß anzustoßen; dieses Kapital kann aber im allgemeinen von den betreffenden Ländern in ausreichendem Maße nicht selbst aufgebracht werden. Es muß von anderen, wirtschaftlich höher entwickelten Ländern zur Verfügung gestellt und vom kapitalsuchenden Land importiert werden. Hier setzt die Arbeit Guths ein.

Sie befaßt sich zunächst mit Grundfragen des Kapitalexports und seiner Wirkung auf das Exportland und den Empfänger. Eingehend behandelt sie die verschiedenen Gesichtspunkte bei der Problematik der an Bedingungen geknüpften Anleihen einerseits und der „Gefahren“, die sich aus einer allzu großen Staatsaktivität im Empfängerland ergeben könnten. Dabei muß dem Autor bescheinigt werden, daß er die Realitäten in den Entwicklungsländern richtig sieht und die bedeutende Initiatorenrolle des Staates ebendort nicht bestreitet. Auch die Behandlung des Themas „Rohstofflieferung und eigene industrielle Fertigung?“ zeugt von rechtem Einfühlungsvermögen, gepaart mit Sachkenntnis und gesunder Skepsis vor allzu überzeugten vorgetragenen Thesen. Dem mathematisch Interessierten wird auch noch ein Anhang über den Kapitalimportmultiplikator dargeboten.

Die Schrift bringt eine Fülle interessanter Gedanken und wertvoller Literaturhinweise; beide dürften zu weiteren Detailforschungen anregen. Sie hat aber auch das nicht gering zu bewertende Verdienst für sich, daß sie — bei verständnisvoller Würdigung — den Kapitalexport anregen könnte, da sie gewisse beliebte Ammenmärchen von dem selbstmörderischen Wagnis der Investitionen in Entwicklungsländern auf ein erträgliches Maß zurückführt.

*Wolf Donner*

#### HANDBUCH DER WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

Herausgegeben von Prof. Dr. Karl Hax und Prof. Dr. Theodor Wessels. Band I: Betriebswirtschaft. Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen, 1958. 904 S., Ln. 48 DM. Der Bezug dieses Bandes verpflichtet zur Abnahme von Band II: Volkswirtschaft, der im Frühsommer 1959 erscheinen soll.

Das Handbuch der Wirtschaftswissenschaften (HdW) schließt eine Lücke, die bisher in der deutschen wirtschaftswissenschaftlichen Literatur bestand. In zwei Bänden werden jeweils abgeschlossene Einzeldarstellungen aller wesentlichen wirtschaftswissenschaftlichen Fachgebiete zusammengefaßt. Damit wird ein gut orien-

tierender Überblick über den gegenwärtigen Stand der Wirtschaftswissenschaften gegeben. Das Handbuch wendet sich sowohl an Studenten als auch an Wirtschaftspraktiker; nicht zuletzt kann es den Betriebsratsmitgliedern und den Gewerkschaftsvertretern in den Mitbestimmungsorganen nützlich sein. Nach dem Willen der Herausgeber soll das HdW zugleich als Nachschlagewerk dienen. Der für den Frühsommer 1959 angekündigte 2. Band soll deshalb ein umfangreiches Register enthalten, zudem ist jeder Einzeldarstellung eine ausführliche Gliederung vorangestellt.

Im vorliegenden 1. Band wird die Betriebswirtschaft abgehandelt, während der 2. Band der Volkswirtschaft vorbehalten bleibt. Die Beiträge des 1. Bandes sind wohlabgewogen, genügend ausführlich, gut verständlich und mit wissenschaftlicher Genauigkeit geschrieben; besonders begrüßenswert ist, daß jeder Beitrag mit einem ausführlichen Literaturverzeichnis abschließt. Im einzelnen werden von namhaften Wissenschaftlern folgende Sachgebiete abgehandelt: Grundfragen der Betriebswirtschaftslehre, Betriebsorganisation, Personalwesen, Fertigungswirtschaft und Beschaffung, Absatzwirtschaft, Finanzwirtschaft (unterteilt in kurzfristige und langfristige Finanzdispositionen), Rechnungswesen (unterteilt in Buchhaltung und Bilanz, Kostenrechnung und Betriebsbuchhaltung, betriebswirtschaftliche Kennzahlen), Wirtschaftsrechnen und Finanzmathematik sowie Währungen, Maße und Gewichte.

*Günter Pehl*

#### INTERNATIONAL LABOUR OFFICE AFRICAN LABOUR SURVEY, STUDIES AND REPORTS, NEW SERIES, NR. 48

Internationales Arbeitsamt, Genf 1958. 712 S“ Ln., 5,— US-Dollar.

Bemerkungen über die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Entwicklung fremder Gebiete entbehren häufig eines hinreichenden Tatsachenswissens. Dies ist einer der Gründe, die so oft zu phantastischen Plänen und Fehlschlüssen führen. Hier eine Lücke auszufüllen ist die Aufgabe der neuen Arbeit, die das Internationale Arbeitsamt vorlegt. Sie befaßt sich mit den Lebens- und Arbeitsbedingungen, mit den wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten in den Gebieten Afrikas südlich der Sahara. Die Weltwirtschaft und der Weltverkehr ziehen Afrika immer stärker in das allgemeine Interesse. Die Aufschließung seiner Landschaften für eine vordringende Wirtschaft stellt vor allem die Einheimischen, aus denen sich eine umfangreiche Arbeiterschicht rekrutieren soll, vor gänzlich ungewohnte Probleme. Das neu Heraufkommende verspricht ihnen zwar eine Hebung des Lebensstandards, doch verlangt es zugleich von ihnen einen vollständigen Bruch mit alten Bindungen und Traditionen.

Dabei ist in den einzelnen Gebieten eine sehr unterschiedliche Entwicklung in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht festzustellen. Leiden noch die meisten Länder unter den Unsicherheiten der Monokulturen, so beginnt sich in anderen eine breiter gestreute Wirtschaft herauszubilden. Auf dem sozialen Sektor sind die Unterschiede nicht geringer. Das Bildungswesen reicht vom Versuch einer breiten Volksbildung bis zu dem Bestreben, die einheimische Bevölkerung aus allen Führungsstellungen herauszuhalten. Auch die öffentliche Gesundheitspflege, die natürlich in Ländern der heißen Region vor noch ganz anderen Aufgaben steht als in den gemäßigten Zonen, ist sehr unterschiedlich entwickelt. Die Industrialisierung, die an ihren Brennpunkten unweigerlich zu Ballungsräumen führt, stellt Raumplaner und Städtebauer vor Probleme, die von Jahr zu Jahr schwerer zu lösen sind.

Nach dem zweiten Weltkrieg ist der Zug zu einer öffentlichen Entwicklungsplanung in diesen Gebieten nicht mehr zu übersehen. Man hat erkannt, daß es der Anregung des Staates bedarf, die Produktivkräfte im Lande selbst zu entwickeln, und daß fremdes Kapital nur dann zu Investitionen geneigt ist, wenn die heimische Verwaltung ein gewisses Mindestmaß an infrastruktureller Vorarbeit geleistet hat. Die vorliegende Arbeit des I. A. A. ist ein Nachschlagewerk von großem Wert, das von den natürlichen Gegebenheiten Afrikas ausgeht und sich mit der Landwirtschaft, der Gemeindepraxis, den Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt, der Arbeitsproduktivität, der Berufsausbildung, der Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung, mit Gesundheits-, Lebens- und Wohnungsbedingungen und anderem befaßt. Ein Standardwerk, das jeder zur Hand nehmen muß, der sich ernsthaft mit den Verhältnissen in den Entwicklungsländern befassen will, wenn auch natürlich die amtlichen, weitgehend von den Kolonialmächten beigesteuerten Angaben manches Problem verschleiern, das nur bei individueller Feldforschung ans Tageslicht kommen kann. *Wolf Donner*

ULRICH SCHUMACHER  
NATIONALBUDGET  
UND ÖFFENTLICHER HAUSHALT

Heft 2 der Beiträge zur Erforschung der wirtschaftlichen Entwicklung, herausgegeben von Prof. M. E. Kamp. Gustav Fischer Verlag, Stuttgart 1958. 101 S., kart. 11,50 DM.

Der Verfasser untersucht Zusammenhänge zwischen dem Nationalbudget als einer auf die Zukunft gerichteten Form der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und der öffentlichen Haushaltsplanung. Ihm geht es insbesondere um die Frage, inwieweit das Nationalbudget als Instrument einer volkswirtschaftlichen Orientierung der Haushaltsplanung verwandt werden kann, wobei er die Besonderheiten der öffentlichen Haushalte hervorhebt. Schumacher kommt

zu dem Schluß, daß das Nationalbudget „der Erläuterung der möglichen volkswirtschaftlichen Auswirkungen einer bestimmten Ausgaben- und Einnahmengestaltung im öffentlichen Haushalt“ dienen kann. Die gesamtwirtschaftlichen Entwicklungstendenzen könnten bei der Schätzung der Ausgaben- und Einnahmenansätze im Haushaltsplan berücksichtigt werden.

Zu diesem Ergebnis führt eine klar auf gebaute wissenschaftlich geführte Darstellung und Analyse der Grundlagen, Formen, Methoden und des Erkenntniswertes des Nationalbudgets sowie der Probleme, die entstehen, wenn der öffentliche Bereich in die nationale Buchführung eingliedert wird. Ein zweiter Teil beschäftigt sich speziell damit, wie das Nationalbudget in der Bundesrepublik verwirklicht werden kann und wie sich der öffentliche Haushalt darauf abstimmen läßt.

Die Schrift zeichnet sich durch fleißige Materialverarbeitung aus. Schade, daß die Verständlichkeit durch eine oftmals umständliche Sprache leidet, eine Sprache, die zwar nicht selten in wissenschaftlichen Arbeiten anzufinden ist, jedoch keineswegs wissenschaftlich werterhöhend und erforderlich zu sein braucht. *G. P.*

NEUORDNUNG DER FINANZPOLITIK

Vorträge und Diskussionen der 11. Arbeitstagung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft am 12. und 13. Juni 1958 in Bad Godesberg. Martin Hoch Druckerei und Verlagsgesellschaft, Ludwigsburg 1958. 200 S., kart.

Die vorliegende Schrift enthält u. a. interessante Beiträge zu der aktuellen Diskussion um eine Umsatzsteuerreform. Besondere Beachtung verdient der Wortlaut des Vortrages, den der Heidelberger Professor *Helmut Meinhold* über „Probleme der Rüstungsfinanzierung“ gehalten hatte. Über die Einstellung nicht weniger Mitglieder der Aktionsgemeinschaft geben eine Reihe von Beiträgen, darunter auch von Vorstandsmitgliedern, Aufschluß; sie sind unsachlich, kommen einseitig Unternehmerinteressen entgegen und lassen das Soziale völlig vermissen. Beim Lesen dieser Vorträge und Diskussionsbeiträge wird sich mancher kritische Leser fragen, was von einer so verstandenen „Sozialen Marktwirtschaft“ zu halten ist. *G. P.*

WOLFGANG FIKENTSCHER  
WETTBEWERB  
UND GEWERBLICHER RECHTSSCHUTZ

C. H. Beck, München und Berlin, 1958, 316 S., Ln. 32 DM.

Diese Schrift versucht, drei Rechtsgebiete miteinander in Beziehung zu setzen: das Recht des unlauteren Wettbewerbs, das Recht der Wettbewerbsbeschränkungen (Kartellrecht, Antitrustrecht) und die gewerblichen Schutzrechte (Patent-, Muster-, Warenzeichen- und Urheberrechte). In Anbetracht der zunehmenden Monopolisierung unserer Wirtschaft erscheint ein

solcher Versuch wünschenswert. Solange er allerdings von der bestehenden Rechtsordnung ausgeht, die zum überwiegenden Teil von den Realitäten der modernen Wirtschaft noch keine Kenntnis genommen hat, muß er auch dann im Formalen stehenbleiben, wenn der Verfasser sich um eine abgewogene Klärung bemüht. Ein solches Buch sollte zwei Autoren haben. Einen „Voll“-ökonom, der sich darauf beschränkt, die erforderlichen wirtschaftlichen Leitsätze aufzuzeigen, und einen Juristen, der die Diskrepanz zwischen Gesetz und Rechtsprechung einerseits und den wirtschaftspolitischen Erfordernissen andererseits darstellt und anschließend eigene rechtspolitische Vorstellungen entwickelt. Dennoch kann dem Verfasser bescheinigt werden, daß er das Recht der Wettbewerbsbeschränkungen in der heutigen Rechtsordnung umfassend und zum Teil mit selbständigen Gedanken-gängen dargestellt hat. *Dr. Günter Friedrichs*

#### WENZEL JAKSCH EUROPAS WEG NACH POTSDAM

Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1958. 524 S., 15,80 DM.

Der deutsche Sozialdemokrat *Hermann Wendel*, der in den Zwanziger Jahren um Verständnis für die zu Eigenstaatlichkeit erwachten Jugoslawen warb, mag die Dinge zu sehr durch eine rosige Brille gesehen haben. Nichtsdestoweniger berührt es merkwürdig, ihn in diesem Buch lange nach seinem Tode von einem anderen Sozialdemokraten, *Wenzel Jaksch*, geschulmeister zu sehen, der sich wieder in den Kopf gesetzt hat, die Entwicklung im Donauraum so darzustellen, als wäre unter der Habsburger Monarchie entweder alles in bester Ordnung oder leicht in Ordnung zu bringen gewesen, und nachher einfach alles schlecht. Man hätte von einem Funktionär (durch kurze Zeit Vorsitzenden) einer deutschen demokratischen Partei in einem vorwiegend slawischen Staat erwarten können, daß er nun in Deutschland für die Tschechen und ihre Probleme das tut, was Hermann Wendel für die Südslawen getan hat; dazu hätte ihn seine politische Vergangenheit prädestiniert, in der er als Repräsentant der deutschen Demokratie mit dem tschechischen Volk zusammen den vormarschierenden Nationalsozialismus bekämpfte. Aber schon der Schutzumschlag des Buches bringt die Falschmeldung, daß der Verfasser „in seiner sudetendeutschen Heimat einen Zweifrontenkampf gegen Benesch und Henlein führte.“ Die Wahrheit lautet, daß er mit Benesch und unter dessen Führung gegen Henlein gekämpft hat. Man sollte den Kommunisten das Monopol, die Geschichte nach dem sich ändernden Bedarf jeweilig „umzuschreiben“, nicht streitig machen!

Rückblickend kann man sagen, daß in Österreich-Ungarn nicht alles ganz so schlecht war,

wie es die tschechische Propaganda seinerzeit gemalt hat, und daß es in der Tschechoslowakei bis 1938 bei weitem nicht so schlecht war, wie es seinerzeit Henlein behauptet hat und wie es nun Jaksch in Verleugnung seiner früheren Erklärungen darstellen möchte. Was immer für Konstruktionsfehler die Moldaurepublik hatte und welche Krähwinkeleien immer auf das Schuldkonto ihrer Staatsmänner gehen, der vorurteilsfreie Betrachter wird doch zumindest den Hinweis darauf nicht unterdrücken, daß sich die Tschechen in der faschistischen Welle, die 1933 bis 1938 über Europa ging, neben den Schweizern als einzige die politische Demokratie voll bewahrten und daß z. B. die Tschechoslowakei der einzige Staat in diesem Teil Europas war, der keinerlei antisemitische Gesetzgebung kannte. Bei Jaksch bleibt das alles unerwähnt. Er braucht für seine Beweisführung die Theorie, daß ein blühendes Staatswesen (nämlich Österreich-Ungarn) durch Masaryks und Beneschs „antieuropäisches Konzept des Panslawismus“ meuchlings ermordet wurde. Alles weitere Unglück — Hitler und Stalin, München und Potsdam — kommt nach dieser Logik von der Zertrümmerung Österreich-Ungarns, und da ist es nur folgerichtig, wenn der Verfasser im Widerspruch zu allen demokratischen Betrachtern der Entwicklung nicht Hitler, sondern *Benesch* die Schuld daran gibt, daß Stalin der „Herr von Böhmen“ wurde. Seinem Bedürfnis, Benesch à tout prix anzuschwärzen, opfert der Autor alles, nicht zuletzt die Glaubwürdigkeit seiner Argumente.

Man muß kein kritikloser Bewunderer der Person und der Politik Beneschs sein (wie es Jaksch einmal war), um die Brüchigkeit dieser Gedankengänge herauszufühlen. Was immer Masaryk und Benesch damals unternommen haben mögen, die Behauptung, daß sie Österreich-Ungarn zertrümmert hätten, ist eine tschechisch-patriotische Legende — und die werden von Jaksch in diesem Buch sonst unerbittlich beföhlet. Die Habsburger Monarchie ist auseinandergebrochen infolge eines verlorenen Krieges und mangels einer Kraft, die sie zusammengehalten hätte. Was ihr folgte, war alles andere als ideal. Nichtsdestoweniger hatte *Karl Renner* recht, als er 1926 dem deutschen Nationalisten die Fähigkeit absprach, andere Völker zu verstehen. „Er verschloß sich der Notwendigkeit, das geteilte Polen wieder zu vereinigen, den Tschechen einen Staat zuzubilligen, er verstand nicht mehr, daß die Magyaren mit 8 Millionen Seelen unmöglich ohne eigenen Staat leben können, daß die Jugoslawen in ihrer noch größeren Volkszahl nicht ewig geteilt bleiben können.“ Jetzt verfällt ein Autor, der sich gern auf Renner beruft und nicht den Nationalisten zugezählt werden möchte, in den gleichen Fehler.

Natürlich hat Jaksch recht, wenn er die Verständnislosigkeit der Welt dem demokra-

tischen Sudetendeutschum bis München 1938 gegenüber anprangert — das sind auch die einzigen Stellen in seinem Buch, die andeuten, daß wir es hier mit einem Sozialdemokraten zu tun haben. Daß er in der Kritik der Politik des Bevölkerungstransfers, in die sich Benesch im zweiten Weltkrieg verrannt hatte, von Objektivität weit entfernt ist, wird man ihm weniger verübeln, obwohl er damit nur einen Fehler Beneschs kopiert. Letzterer hat in seinen Memoiren zur Rechtfertigung seiner Pläne, die deutsche Bevölkerung aus der Tschechoslowakei auszusiedeln, das Verhalten Jakschs in der Emigration kritisiert, was natürlich nur eine bequeme Ausflucht war. Jaksch verfällt jetzt in den gleichen Fehler, alles auf den angeblichen dämonischen Panslawismus Benesch zurückzuführen, der ein in vielen Sätteln gerechter Taktiker, aber nicht das war, was man unter einem Panslawisten versteht. Es besteht kein Grund, die Fehler, die Churchill, Roosevelt und Benesch im zweiten Weltkrieg machten, zu beschönigen, aber die Einseitigkeit, mit der Jaksch da vorgeht, wird von ihm selbst — bei anderen — als „jene deutsche Selbstgerechtigkeit“ charakterisiert, „welche stets der anderen Seite“ die Schuld an Kriegsausbrüchen wie an schlechten Friedensschlüssen zuschiebt.“ Nehmen wir dazu die vielen Seitenhiebe auf die Emigrations-SPD, auf die österreichischen und die tschechischen Sozialisten sowie auf die Labour Party, gepaart mit einer milden Nachsicht slowakischen Faschisten gegenüber, die einfach als „Slowaken“ vorgestellt werden! So wird das Buch von Jaksch, vielleicht ungewollt, zu einer Entlastungsoffensive für die sudetendeutschen Pangermanisten, deren Kampf gegen einen demokratischen Staat sich einfach als Notwehr gegen den Panslawismus darbietet, als ob zwischen 1918, 1933, 1938 und 1945 nicht himmelweite Unterschiede bestünden. Jaksch beklagt mit Recht, daß in der Weimarer Zeit kein vom demokratischen Standpunkt geschriebenes Buch über die inneren Probleme der Nachfolgestaaten in Deutschland erschien. Leider hat er es verabsäumt, mit seinem Buch diese Lücke wenigstens nachträglich zu füllen.

Dr. J. W. Brügel

BORIS CELOVSKY  
DAS MÜNCHENER ABKOMMEN  
VON 1938

Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1958. 518 S., 26 DM.

Die Abrechnung mit einer düsteren Vergangenheit ist nicht nur eine Ehrenpflicht, sondern einfach Ausdruck des Selbsterhaltungstriebes der neuen deutschen Demokratie. Wer wagte zu behaupten, daß nach dieser Richtung schon genug geschehen ist, wenn wir doch sehen, wie auch demokratische Politiker aus vermeintlichen Bedürfnissen des Tages heraus der Entlastungsoffensive der ewig Gestrigen zumindest die Mauer machen? In dem Bemühen, der geschicht-

lichen Wahrheit über die Gewaltpolitik des Dritten Reiches zum Durchbruch zu verhelfen, ist das Buch des jungen tschechischen Historikers Dr. Celovsky ein wichtiger, ja ein unentbehrlicher Helfer. Celovsky kam als Flüchtling nach Deutschland, hat an deutschen Universitäten studiert und lebt jetzt in Kanada. Sein Buch ist in keiner Weise eine Propagandaveröffentlichung, sondern eine sehr ernste historische Untersuchung, die aus tausenden Quellen schöpft, sie gegeneinander abwägt und dann erst mit möglichster Unparteilichkeit ihr Urteil spricht. In seinem löblichen Streben nach Objektivität geht Celovsky z. B. so weit, aus der Tatsache, daß die direkte Subventionierung *Henleins* durch Berlin bis jetzt nur seit 1935 nachgewiesen ist, den Schluß zu ziehen, Henlein sei bei Beginn seines Auftretens (1933) kein direkter Agent des Nationalsozialismus gewesen. Wer die Dinge von der Nähe zu beobachten Gelegenheit hatte — der 1923 geborene Autor kann hier kaum ein eigenes Urteil haben —, wird dieser Annahme wohl widersprechen müssen. Aber dort, wo es um die Beurteilung der Bedeutung und des Inhalts diplomatischer Dokumente geht, hat Celovsky ein sehr gutes und reifes Urteil bewiesen. In seiner gründlichen und leidenschaftslosen Darstellung der Ereignisse, die zu der Münchener Konferenz von 1938 führten, finden wir den unwiderleglichen Beweis, daß es Hitler damals gar nicht um die Befreiung unterdrückter Volksgenossen aus tiefster Knechtschaft, sondern um die Zerstörung einer demokratischen Bastion ging, die seinen Welteroberungsplänen im Wege stand. (Daß diese demokratische Bastion Schönheitsfehler aufwies, teilte sie mit so ziemlich allen anderen demokratischen Staaten der Welt.) Die deutschen Gegner Hitlers haben das damals klar gesehen. Die *Chamberlain* und *Daladier*, die in London und Paris regierten, weigerten sich, diese simple Wahrheit zu verstehen. Statt einen Druck auf Berlin auszuüben, was natürlich eine weltpolitische Konzeption vorausgesetzt hätte, die man nicht hatte, hat man es vorgezogen, Prag unter Druck zu setzen und es schließlich zur Kapitulation zu zwingen. Indem Celovsky an Hand der trockenen Fakten die — um es gelinde auszudrücken — Kurzsichtigkeit einer Politik nachweist, die den Diktatoren das Handwerk erleichterte und die Welt schließlich an den Rand des Abgrunds brachte, hat er natürlich die Hauptverantwortung des Nationalsozialismus in keiner Weise abgeschwächt. Im Gegenteil, die erlogenen Vorwände, mit denen Hitler seine Erpressungen betrieb, kommen in seiner Darlegung plastisch zum Ausdruck.

Noch nach einer anderen Richtung ist es Celovsky gelungen, mit den Mitteln des Historikers der Wahrheit eine Gasse zu bahnen. Die Behauptung, daß die von den Westmächten schmählich im Stich gelassene Tschechoslowakei in der „allzeit antifaschistischen“ Sowjetunion

einen Verbündeten hatte, der ihr im Notfall zu Hilfe gekommen wäre, ist auch heute noch ein beliebtes kommunistisches Propagandathema. Von dieser Legende bleibt auch nicht ein Schatten zurück — dank der Herausarbeitung der verfügbaren Fakten durch den Verfasser.

Ein schwerer Mangel kann bei einem Buch, zu dem man gern ein lautes Ja sagt und das dieses Ja voll verdient, nicht verschwiegen werden. Was deutsche Hitlergegner 1938 in Deutschland und in der Tschechoslowakei taten, findet in diplomatischen Akten kaum einen Widerhall. Das mag der Grund sein, warum Celovsky, der sich hauptsächlich auf diplomatische Akten stützt, von dieser Seite der Sache kaum Notiz nimmt, obwohl er jeder Gleichsetzung zwischen Deutschland und Nationalsozialismus lebhaft opponiert. Nur in einer Fußnote wird von der für den Herbst 1938 vorbereiteten Generalsrevolte gegen Hitler gesprochen, die die Appeasementpolitiker von London und Berlin abgewürgt haben, die aber den Lauf der Weltgeschichte hätte ändern können. Die Existenz einer mit der tschechoslowakischen Demokratie bis zum letzten Atemzug innig verbundenen deutschen demokratischen Arbeiterbewegung im Lande wird auch gerade nur am Rande erwähnt, wiewohl ihre bloße Existenz den Totalitätsanspruch der Sudetonazi widerlegte. Noch am 13. September 1938 sprach *Franz Macoun*, damals Generalsekretär des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Reichenberg, angesichts eines von ihm abgewehrten Gleichschaltungsversuchs das trotzigste Wort: „Der Deutsche Gewerkschaftsbund ist eine freigewerkschaftliche Kampforganisation und wird es immer bleiben.“ Daß diese Überzeugungstreue auf verlorenem Posten überhaupt nicht oder nur übel belohnt wurde, ändert nichts an den Tatsachen. Ein so breit angelegtes Buch sollte an ihnen nicht vorbeigehen, auch wenn sie im Trubel der Ereignisse untergegangen sind.

Die vorstehenden Bemerkungen sollten aber nicht das Verdienst eines jungen Autors schmälern, der eine außerordentlich beachtenswerte Leistung vollbracht hat. Dank und Anerkennung gebührt auch dem Institut für Zeitgeschichte in München, das die Herausgabe des Werks ermöglicht hat. *Dr. Kluge*, der Direktor des Instituts, hat ein sehr verständnisvolles Vorwort beigesteuert. *Dr. J. W. Brügel*

WALTER KIAULEHN

BERLIN

Schicksal einer Weltstadt

Biederstein Verlag, München-Berlin 1958. 594 S., 80 Abbildungen auf 48 Kunstdrucktafeln, Ln. 27,50 DM.

Ein Berlin-Buch kann in diesen Monaten seines Erfolges sicher sein. Aber Walter Kiaulehn hat seinen Hymnus auf das Berlin von gestern, heute und morgen nicht um der Konjunktur willen geschrieben, sondern aus jahrzehntelan-

gem Miterleben und aus echter und darum nicht unkritischer Liebe zu dieser Stadt, ihrer Geschichte, ihrer Landschaft und ihren Menschen. Natürlich darf man bei einem so persönlichen Buch nicht in erster Linie eine irgendwie vollständige Dokumentation erwarten; gar manche Lücke, gelegentlich auch eine Ungenauigkeit fällt dem Kenner auf. Aber der Reiz dieser Darstellung beruht auf anderen Qualitäten des Autors; sein Bemühen um das Herausarbeiten der wesentlichen, für Berlin und die Berliner bezeichnenden Charakterzüge ist sehr beachtlich und, alles in allem, erfolgreich — und sein Stil ist überaus lebendig, farbig und plastisch. So erhalten wir ungemein anschauliche Schilderungen des früheren und heutigen Berliner Lebens, besonders in den Kapiteln: Der Roman eines Stadtplans — Eine Stadt ohne Gesellschaft — Die Schornsteine an der Spree — Schlager und Chansons — Die musikalischen Taten Berlins — Impressionismus und Sezession — Berliner Literatur — Glanz und Elend des Schauspielers — Im Zeitungsviertel — Justiz und Kriminalistik. Sehr reichhaltig und kulturhistorisch ergiebig ist das beigegebene Fotomaterial» das schon für sich den Besitz des Buches wertvoll macht. *W. F.*

DR. HANS FISCHER

INDUSTRIELLE SONNTAGSARBEIT

(Band 6, Schriften des Instituts für Wirtschaftsrecht an der Universität Köln; herausgegeben von H. C. Nipperdey) C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München und Berlin 1957. 103 S., kart. 8,— DM.

Der Kampf gegen übermäßig lange Arbeitszeiten ist ein Anliegen der Gewerkschaften seit ihrem Bestehen. Innerhalb dieses Problemkreises hat die Frage der industriellen Sonntagsarbeit und der sogenannten gleitenden Arbeitswoche die Gemüter seit langem bewegt. Seit dem Arbeitszeit- und Lohnabkommen in der nordrhein-westfälischen Stahlindustrie (21. 12. 1956) hat eine lebhaft, oft nicht objektiv geführte Diskussion eingesetzt; in dieser ist vieles verzerrt dargestellt worden. Erschwert wurde die Diskussion dadurch, daß einseitig nur die ökonomischen, ethischen oder nur die sozialpolitischen Aspekte betont oder überbetont wurden.

Der zuständige Referent im Arbeitsministerium von Nordrhein-Westfalen, Ministerialrat Dr. Hans Fischer, gliedert seine Schrift in sieben Hauptabschnitte mit einer umfassenden Rechtsdarstellung. Besonders wertvoll ist sie, weil in ihr erstmalig internationales Vergleichsmaterial dargeboten wird. Es folgen die Stellungnahmen der Konfessionen, der Vertreter von Sozial- und Wirtschaftspolitik sowie eine Rechtfertigung der sich in den Grenzen des unbedingt Notwendigen bewegendenden Sonntagsarbeit. Der fünfte Abschnitt befaßt sich mit der Motivierung der ministeriellen Ausnahmegenehmigung. Der sechste Abschnitt zeigt

Schichtenpläne mit verschiedenen Varianten. An die Zusammenfassung (siebter Abschnitt), die von der Notwendigkeit der Novellierung der Bekanntmachung betr. Ausnahmen von dem Verbot der Sonntagsarbeit im Gewerbebetriebe vom 5. Februar ausgeht und u. a. auch die Beseitigung unnötiger Arbeit außerhalb der Industrie fordert, schließt sich ein 32 Seiten umfassender Anhang, der neben dem Text der Bekanntmachung von 1895 die einschlägigen Bestimmungen der Arbeitszeitordnung, der Gewerbeordnung, des Jugendschutzgesetzes, des Grundgesetzes und einiger Länderverfassungen bringt.

Allen denen, die sich mit viel mehr Eifer als Überzeugungskraft an der Diskussion um Sonntagsarbeit und gleitende Arbeitswoche beteiligt haben, gibt die Schrift von Fischer ein Musterbeispiel, wie man sich sachlich mit den konträren Argumenten auseinandersetzen und unter Berücksichtigung auch der religiösen Aspekte zu Lösungsvorschlägen kommen kann. Eine erfreulich klare und leidenschaftslose, in ihrer Objektivität höchst wirkungsvolle Arbeit.

Dr. Franz Dens

#### FERNAND GIGON ICH HABE HIROSHIMA GESEHEN

Kindler Verlag, München 1958. 350 S., Leinen 12,80 DM.

Viermal ist der Schweizer Journalist Fernand Gigon in Japan gewesen, um sich an Ort und Stelle ein Bild von den Wirkungen radioaktiver Strahlungen im Gefolge von H-Bomben-Explosionen zu machen. „Erschüttert und mit blutendem Herzen“ ist Gigon, wie er in seinem Vorwort gesteht, zurückgekehrt, um dann seine in gewissenhaftem Studium und nicht nur auf einer Stippvisite gewonnenen Eindrücke niederzuschreiben. Der Autor beginnt mit einer Besuchsszene des japanischen Journalisten Takada bei *Albert Einstein* kurz vor dessen Tode. Als das Gespräch auf Hiroshima kommt, spiegelt sich in Einsteins Gesicht grenzenloser Kummer; dann gesteht er mit brüchiger Stimme: „In der gesamten Geschichte der Wissenschaft ist die Herstellung der Wasserstoffbombe der schwerwiegendste Fehler, den Naturwissenschaftler jemals begangen haben.“ Dieselbe Erkenntnis findet sich auch in seinem Vermächtnis.

Mit diesen Worten Einsteins im Herzen ist Gigon nach Japan gefahren. Dort hat er mit den überlebenden Opfern der A-Bombe gesprochen, dort unterhielt er sich auch mit den Kindern, die die Hölle sahen, und mit anderen Augenzeugen, Überlebenden und mit japanischen Wissenschaftlern. Erschütternd einige Streiflichter über seine Reise. Da liegen z. B. im Rotkreuzkrankenhaus in Tokio zwei Atomgeschädigte. Gigon besucht sie. Nach zwei Wochen erklärt ihm der Chefarzt, sie seien „out“, also tot. Die anderen Krankenhäuser, so schreibt

der Autor weiter, leihen sich von Zeit zu Zeit etwa ein Dutzend entsprechender Fälle aus, um sie zu untersuchen. „Wenn diese (menschlichen) Meerschweinchen so weit sind, daß auch auf ihrer Karteikarte der Vermerk *out* erscheint, so läßt man sich Nachschub aus Hiroshima oder Nagasaki kommen.“

Oder ein anderes bezeichnendes Streiflicht. Der Verfasser schreibt: „Um eine einzige Kaserne und ein Generalstabskommando in Hiroshima zu zerstören, mußten mit einem Schlag 200 000 Menschen daran glauben.“ Schwere Vorwürfe erhebt der Verfasser gegen die amerikanischen Militär- und Besatzungsbehörden, die jahrelang eine exakte Feststellung der Gesamtopfer verhinderten und kaum eine Hand rührten, um den Überlebenden und Dahinsiechenden sofort zu helfen. — Aber nicht nur die furchtbaren Nachwirkungen der Bombe von Hiroshima und Nagasaki hat Gigon studiert, er ist auch den jüngsten Auswirkungen der fortgesetzten Atomexplosionen im Pazifik und in Sibirien auf das japanische Volk nachgegangen. Dabei stieß er auch auf wichtige Zusammenhänge zwischen Wetter und Atom-bombentests.

Eine Fülle von Problemen, lebendig und anschaulich geschildert und zum Nachdenken anregend. Gigon hat einen weiteren wertvollen publizistischen Beitrag zum Kampf gegen die Atomgefahr geliefert. *Wolfgang Bartels*

#### CHARLES W. THAYER DIE UNRUHIGEN DEUTSCHEN

Alfred Scherz Verlag, Stuttgart 1958, 258 S., Leinen 15,80 DM.

Der Autor hat von 1933 bis 1939 und dann wieder seit 1949 in Deutschland gelebt; als amerikanischer Diplomat, später als Publizist hatte er Kontakte zu Deutschen verschiedenster Richtungen und Gesellschaftsschichten und hatte Gelegenheit, mancherlei interessante Einblicke zu gewinnen. Davon erzählt er *den Amerikanern* — das merkt man dem Buch leider auch in seiner etwas abgeänderten deutschen Fassung auf jeder Seite an; vieles, sehr vieles brauchte er deutschen, ja europäischen Lesern nicht mitzuteilen, weil sie es miterlebt und längst zur Kenntnis genommen haben.

Das beeinträchtigt den Wert des sympathischen Buches für uns; bedauerlich ist auch, daß *Carlo Schmid* in seinem ziemlich weitschweifigen Vorwort zur deutschen Ausgabe Allgemeinplätze zum Besten gibt, statt den deutschen oder europäischen Standpunkt zu diesen Impressionen eines Amerikaners herauszuarbeiten oder den Leser auf das aufmerksam zu machen, was er von dieser Art, ein Volk psychologisch zu durchleuchten, bei kritischer Lektüre profitieren kann. Immerhin: manches sieht Thayer richtig, und fast alles weiß er lebendig und plastisch



darzustellen; besondere Anerkennung verdient, daß er seine Beobachtungen und Betrachtungen mit einer offenen Frage beschließt: „Aber das letzte Wort ist noch nicht gesprochen, und es gibt . . . durchaus Gründe, sich zu fragen, ob der von Adenauer eingeschlagene Kurs von Dauer sein wird ...“ W. F.

GUSTAV E. KAFKA, RAINER BARZEL,  
ANTON BÖHM, GODEHARD J. EBERS,  
JOHANNES B. HIRSCHMANN,  
THEODOR MAUNZ, KARLHEINZ  
SCHMIDTHÜS, ADOLF SÜSTER-  
HENN, HERMANN J. WALLRAF

#### DIE KATHOLIKEN VOR DER POLITIK

Verlag Herder, Freiburg 1958. 195 S., brosch. 12,30 DM.

Das Buch ist eine Zusammenfassung von elf aus den Jahren 1954 bis 1958 stammenden Vorträgen und Erklärungen führender katholischer Publizisten, Politiker und Moraltheologen zu den Themen Christ und Demokratie, Christliche Parteipolitik, Christ und Freiheit und Atombewaffnung und christliches Gewissen, die zum Teil bereits an anderer Stelle veröffentlicht sind. Es wendet sich in erster Linie an den Katholiken, manche seiner Beiträge sind jedoch von allgemeiner Bedeutung und gehen sowohl evangelische Christen als auch Nicht-Christen an. Das gilt vornehmlich für die drei Beiträge, die sich mit dem Problem Atomwaffen und dem Gewissen befassen und die atomare Ausrüstung rechtfertigen, nämlich die von sieben Moraltheologen stammende Erklärung zur atomaren Ausrüstung der Bundeswehr (S. 147 ff.), an der Pater Hirschmann aktiv mitgewirkt hat, Pater Hirschmanns Ergänzung dazu (S. 155) und der Beitrag von Schmidthüs „Atomwaffen und Gewissen“ (S. 169 ff.). Der letzte Beitrag befaßt sich im Gegensatz zu seinem Titel nahezu ausschließlich mit östlicher und westlicher Politik — Hinweise auf die unglückliche Lage des geteilten Deutschlands und die große Schuld, die das deutsche Volk in der Zeit von 1933 bis 1945 auf sich geladen hat, fehlen jedoch völlig —, wohingegen Pater Hirschmann versucht, sich wirklich mit Gewissensfragen auseinanderzusetzen. Gleichwohl vermag ich Pater Hirschmann keineswegs zu folgen. Wenn er das Mißverhältnis rügt zwischen der Gelassenheit, mit der in Deutschland „Millionen von Abtreibungen“ hingenommen werden und „der bis an die Grenze der Massenhysterie gehenden Entrüstung“ über die atomaren Gefahren, so werden hier unvergleichbare Vorgänge verglichen. Der Abtreibung, die die Rezensentin ebenfalls aus ethischen, psychologischen und gesundheitlichen Gründen für äußerst unheilvoll hält, kann durch vernünftige Gesetze in gewissem Umfang (Verbot der Cölibatsklausel, Änderung der die Onkelehe fördernden Bestimmungen) entgegengetreten werden, ihre negative Wirkung trifft allein die willentlich abtreibenden Mütter und

das keimende Leben. Die atomare Rüstung und das von Pater Hirschmann besonders betonte Streben nach einer „sauberen“ Atomwaffe gefährdet bereits durch die Herstellungs- und Erprobungsversuche und durch den ständigen Umgang mit den gehorteten Atomwaffen nicht nur große Teile der hieran unbeteiligten eigenen Bevölkerung des Atomwaffen herstellenden, erprobenden und seine Truppen damit ausrustenden Staates, sondern auch solche anderer Staaten; außerdem nicht nur die gegenwärtige Generation, sondern in einem noch nicht erkannten Maß auch die künftigen Generationen. Dazu weiß Pater Hirschmann nichts weiter zu sagen als: „Wir müssen handeln, ohne die Folgen vorher zu wissen“ (S. 167). Pater Hirschmann beruft sich auf Rom. 13, 4: Die Obrigkeit „ist Gottes Dienerin. . . Nicht sinnlos trägt sie das Schwert. . . Rechtsvollstreckerin zur Bestrafung dessen, der das Böse tut“ (S. 163). Gilt das Wort wirklich hier? Wir wenden dieses Wort doch mit Recht nicht an, wenn es gilt, gegen Unterdrückung der Kirche und der Glaubens- und Gewissensfreiheit in der sog. DDR aufzurufen. Zu prüfen ist doch gerade, ob die Obrigkeit noch „Gottes Dienerin“ ist, wenn sie die atomare Ausrüstung und die Verwendung von Atomwaffen im Aggressionsfalle anordnet. Eine Obrigkeit, die in gewissem Umfange die christlichen Kirchen als gleichberechtigt anerkennt und grundsätzlich die Gewissensfreiheit respektiert, ist doch, nicht allein aus diesem Grunde, schon dagegen gefeit, gegen die Gewissensfreiheit ihrer christlichen Staatsbürger zu verstoßen. Pater Hirschmann stellt sogar die Behauptung auf, „der Mut, unter Aussicht auf millionenfache Zerstörung des menschlichen Lebens in der heutigen Situation das Opfer atomarer Rüstung zu bejahen“, könne „der Haltung des heiligen Franziskus innerlich näherstehen und mehr Geist vom Geist der Theologie des Kreuzes atmen“ als das die Atomwaffen grundsätzlich ablehnende Denken (S. 164). Den theologischen Beweis für seine Behauptung bleibt er freilich schuldig. Allerdings meint er, es könne nur eine „äußerste Not“ (S. 165) ihre Anwendung rechtfertigen. Gilt für die äußerste Not, die eintritt, wenn auf atomare Verteidigung im Falle eines Angriffs seitens eines vor Atomwaffen starrenden Aggressors verzichtet würde, nicht auch des Mitverfassers Böhm Satz, daß „der Anruf zur Freiheit in allen Zeiten gehört werden wird und daß der Mensch immer fähig ist, ihm zu folgen“ (S. 94)? Mit Monzel (vgl. Gewerkschaftliche Monatshefte 1958 S. 533) meine ich, daß auch dann noch die Freiheit des Christen besteht.

Hervorzuheben wegen seiner Bedeutung auch für evangelische und Nicht-Christen ist der Beitrag Wallrafs: Demokratie als theologisches Problem (S. 35 ff.). Er stellt fest, daß das Problem der Demokratie weder anthropologisch noch theologisch bisher restlos durchdacht sei.

Obwohl auch die Organisation der Kirche gewisse demokratische Strukturelemente enthalte, habe das monarchische Element in ihr immer überwogen, „das königliche Priestertum aller Glaubenden sei jedoch für die Kirche genauso unverzichtbar wie das Wirken der Geweihten“ (S. 46). Ebers weist in seiner Abhandlung „Christentum und Demokratie“, in der er auch das Verhältnis Staat und Kirche untersucht, häufiger auf die vorwiegend evangelischen USA statt auf das vorwiegend katholische Frankreich hin, da in den USA der Vorrang des Spirituellen als des höchsten Wertes im Staate anerkannt sei (S. 31).

Maunz stellt die Frage, ob Staat und Kirche auf dem rechten Weg seien. Die in der Bundesrepublik herrschende Gleichberechtigung von Staat und Kirche im Bereich des öffentlichen Wirkens wertet er positiv, mahnt aber die Kirche, gelegentlich auf die Ausübung von Rechten zu verzichten (S. 76). In Böhm's Beitrag „Die Freiheit im modernen Staat“ (S. 79ff.) ist juristisch manches schief gesehen, so wenn er vom Verhältnis der Einheitsgewerkschaft zur Betriebsgemeinschaft (S. 88) oder von den Versicherungsträgern als „Halbstaaten“ (S. 84/5) oder von der Notwendigkeit, die Gesetzgebung unter dem Gesichtspunkt der Freiheitsminderung zu überwachen (S. 97) spricht, doch scheint mir sein Gedanke, der Staat solle mit den „Großorganisationen“ ähnliche Vereinbarungen treffen wie die Länder mit den evangelischen Kirchen (S. 98), überlegenswert zu sein. Bands „Koalitionspolitik“, Kafkas „Christliche Parteien und katholische Kräfte“ und Süsterbenns Darstellung der kirchlichen Liebestätigkeit im sozialen Rechtsstaat der Gegenwart, dem ein Lehrschreiben der deutschen Bischöfe aus jüngster Zeit über Aufgaben und Grenzen der Staatsgewalt — das Datum fehlt — vorangestellt ist, runden den Überblick über aktuelle katholische politische Probleme ab.

Hildegard Krüger

DOUGLAS HYDE

DER RÄUBERHAUPTMANN GOTTES

Verlag Herder, Freiburg 1959. 223 S., Ln. 11,80 DM.

Das ist die Geschichte Don Oriones, des „Vaters der Armen“, eines italienischen „Abbe Pierre“ — eines Mannes ärmlichster Herkunft, der überzeugt war, „daß man die Welt mit Liebe erobern könne“, der ein großes, mehrere Erdteile umspannendes Hilfswerk aufzog und ein leuchtendes Beispiel tätigen Christentums gab. Wie stark seine Persönlichkeit wirkte, mag die eine Tatsache erhellen, daß es Ignazio Silone war, der den Autor auf Don Orione, der ihn tief beeindruckt hatte, hinwies. Der Engländer Douglas Hyde erarbeitete sich den Stoff mit den Methoden eines angelsächsischen Reporters, vor allem durch Befragen vieler Menschen, die den im zweiten Weltkrieg verstorbenen Don Orione zum Teil vor vielen Jahrzehnten ge-

kannt hatten — ein Verfahren, das seine Darstellung in ihrer Sprunghaftigkeit hie und da etwas unklar, freilich auch sehr lebendig macht.

W.F.

DIE MORPHOLOGIE DER EINZELWIRTSCHAFTLICHEN GEBILDE UND IHRE BEDEUTUNG FÜR DIE EINZELWIRTSCHAFTSPOLITIK

Bericht über die Kölner Tagung 1955

(Schriften des Seminars für Genossenschaftswesen an der Universität zu Köln, Band 1, herausgegeben von Prof. Dr. Gerhard Weisser.)  
Verlag Otto Schwanz & Co., Göttingen 1957. VIII und 220 Seiten, 14,80 DM.

Die Lehre von den Unternehmungsformen ist nicht neu. Sie wird auch nicht ergiebiger, wenn man sie nunmehr als Morphologie der einzelwirtschaftlichen Gebilde bezeichnet. Trotzdem ist es gut, wenn man sich aus verschiedenen Blickrichtungen mit ihr beschäftigt. Dies geschieht im vorliegenden Tagungsbericht. Das Ergebnis ist nur teilweise befriedigend.

Die einzelnen Referate sind recht gut. Sie liegen im allgemeinen auf rein theoretischer Ebene — auch dort, wo sie sich mit wirtschaftspolitischen Fragen auseinandersetzen. Empirische Daten erfährt man einzig aus dem Beitrag von Henri Desroche. Allenfalls auch aus dem von Ernest Bader. Gerade an einer quantitativen Betrachtung des Gegenstandes — im gegebenen Fall der Genossenschaften — wäre man indes besonders interessiert. Man möchte schließlich wissen, ob die gegenständliche theoretische Schwerpunktbildung der Untersuchung durch die praktische Bedeutung dieser Unternehmensform gerechtfertigt ist oder nicht. Und dazu brauchte man Zahlen und Ziffern.

Abgesehen von Gerhard Weisser verhalten sich die Referenten denn auch eher zurückhaltend. Erich Gutenberg beschränkt sich auf eine Wiedergabe dessen, was man in seiner Betriebswirtschaftslehre finden kann. Seine Unterscheidung zwischen systemneutralen und systembezogenen Merkmalen ist inzwischen wissenschaftliches Allgemeingut geworden. Hans Bayer wiederum stellt sich in seinem Referat die Frage der Eigentumsbildung in Arbeiterhand. Das ist eine sehr fruchtbare Perspektive, besonders unter morphologischen Aspekten. Trotzdem ist das Ergebnis eher schmal. Er hält nicht viel von solcher Eigentumsbildung im Hinblick auf eine zielgerechte Gestaltung der Wirtschaftsstruktur.

Der Grund für diese durchgehend magere Ausbeute mag darin zu suchen sein, daß die sogenannte Morphologie entweder erst im Werden ist oder aber eine Sackgasse darstellt, in der man nur Detailkenntnisse finden kann. Und dann kommt noch der Grundsatz bzw. die Gefahr des „Je deutlicher das Wie, desto undeutlicher das Warum“. Die Makroanalyse hat sich viel ergiebiger erwiesen als die Mikro-

betrachtung. Seit Keynes jedenfalls und mit der Blickrichtung auf die praktische Wirtschaftspolitik. Das sagt nichts gegen die Betriebswirtschaftslehre, deren Grundsätze nunmehr ins makroökonomische Koordinatensystem übertragen, und zwar sehr erfolgreich übertragen werden. Ihr Bereich der Forschung bleibt unbestritten. Er wird nur im Rahmen der modernen mathematischen oder linearen Programmierungsmethoden einer gewissen Revision unterzogen werden.

Es ist schade, daß kein Referent den gestellten Fragenkomplex von diesem hochmodernen Forschungsgebiet aus anvisiert hat. Es hätten sich da sicherlich recht bemerkenswerte Resultate erzielen lassen — im Positiven wie im Negativen. Sicherlich wird das noch nachgeholt werden. Die modernen Methoden lassen sich nicht aussperren. Sie sollen vielmehr allen Zweigen der Sozialwissenschaft dienstbar gemacht werden, und sie können es auch.

*Dr. Johannes Kasnacich-Schmid*

**PROF. DR. REINHARD KAMITZ**  
**VOLLBESCHÄFTIGUNG UND STABILE WÄHRUNG**

Kieler Vorträge, gehalten im Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, herausgegeben von Professor Dr. Dr. h. c. Fritz Baade, Neue Folge 13. Kiel 1958, 18 S., 1,50 DM.

Dieser Vortrag des österreichischen Finanzministers, dem man zugestehen muß, daß er sich von seinen Vorgängern im Amte recht erfreulich unterscheidet, zeigt nichtsdestoweniger Spuren erschreckender Beiläufigkeit. Dergleichen mag in einer Wählerversammlung allenfalls am Platze sein. Vor einem Auditorium, wie dem Kieler, muß diese Nonchalance indes sehr nachteilig gewirkt haben.

Jedenfalls lassen sich manche seiner Thesen auch bei wohlwollendster Einstellung nicht aufrechterhalten, so z. B., daß Zinssatzsenkungen zu Preissteigerungen führen, während Zinsheraufsetzungen den gegenteiligen Effekt zur Folge haben. Es gibt wohl mancherlei Anomalien im Wirtschaftsleben, aber unter diesen ist die eben genannte eigentlich noch nicht aufgetaucht, und der Rezensent kann sich als Österreicher nicht erinnern, daß irgendeine der diversen Diskontsatzmanipulationen der Kamitz-Ära die von ihm behaupteten Ergebnisse gezeitigt hätte. Damit hängen die diesbezüglichen Behauptungen jedenfalls in der Luft.

Wir verstehen durchaus, daß sich die wirtschaftspolitischen Probleme auf ministerieller Ebene zumeist in ihren Makroperspektiven zeigen, und es ist daher recht und billig, wenn sie der Vortragende auch so behandelt. Aber diese Makroperspektiven sind, wie schon zu Beginn gesagt, erschreckend beiläufig. Kamitz ist nicht up to date, jedenfalls nicht als wissenschaftlicher Vortragender.

So gewinnt man mit Shaw den Eindruck, daß ein großer Teil unserer Angelegenheiten von Menschen erledigt werden muß, die nicht verstehen, was sie tun, es aber tun können, ohne es zu verstehen.

*Dr. Johannes Kasnacich-Schmid*

**HERBERT VON BECKERATH**  
**GROSSINDUSTRIE**  
**UND GESELLSCHAFTSORDNUNG**  
**Industrielle und politische Dynamik**

Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 278 Seiten, Leinen 19,60 DM, brosch. 16,80 DM.

Aus einem in Jahrzehnten gesammelten Erfahrungsschatz heraus schildert und analysiert *von Beckerath* die Entwicklung der industriellen Wirtschaft und der Gesellschaft in ihren Wechselwirkungen aufeinander. Der Ursprung der Industrie, die Herkunft der ersten großen Industriellen und das Aufkommen der Zusammenschlüsse wird abgehandelt. Wir erleben die Bildung und Wirkung des Finanzkapitals. Der alte Typ des Unternehmers verschwindet; der Direktor tritt an seine Stelle. An die Stelle des erbitterten Klassenkampfes des 19. Jahrhunderts aber — wobei Beckerath eigenartigerweise von einer „sozial verantwortlichen industriellen Führerschicht“ spricht — tritt die betriebliche Sozialpolitik mit dem Streben, den arbeitenden Menschen durch „menschlichere“ Behandlung zur Verbesserung des Betriebsergebnisses anzuspornen. Die Bemühung der Industrieführer, sich durch öffentliche Positionen und über parakonstitutionelle Verbandseinflüsse betriebs- oder branchenegoistische Vorteile zu verschaffen, wird vom Autor nicht geleugnet, doch in ihrer Bedeutung bagatellisiert. Von Beckerath schildert sehr einprägsam die Entwicklung der Konzernbildung als einen Ausfluß der Bemühung nach Markt- und politischer Macht. Als Folge der Technisierung der Produktion und des Mühens um Gewinnsicherung werden Methoden der Konkurrenzbeschränkung entwickelt, die Wirtschaftstheorie und -praxis vor ganz neue Aufgaben stellen. Wertvoll sind die zahlreichen Beispiele für staatliche Antimonopolgesetzgebungen im In- und Auslande, wenn ihr Erfolg oft wohl auch etwas zu optimistisch beurteilt wird.

Die Rolle der Gewerkschaften als Staats-, gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Faktor tritt mehr in den Hintergrund, als es der sonst weitläufigen und vielseitigen Anlage des Werkes angemessen wäre. Die sozialen Errungenschaften nach dem ersten Weltkrieg werden als Fakten genommen, ohne daß die Gründe, die zu ihnen führten, recht aufgezeigt werden. Vielleicht infolge des langen Aufenthalts des Autors in den USA kommen die dort üblichen Praktiken der „Union“ mehr zur Sprache als die der europäischen Arbeitnehmerverbände. Obwohl von Beckerath um sehr viele Schwächen

und Schattenseiten der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung der westlichen Welt weiß, wird sein Buch von einem oft unverständlichen Optimismus getragen. Er verspricht sich alles von der Wiederherstellung einer „freien Welthandelsordnung“, offenbar unter Amerikas Führung. Sein Glaube an eine vorhandene Willigkeit, dafür die notwendigen nationalen und sozialpolitischen Opfer zu bringen, muß nachdenklich stimmen.

*Wolf Donner*

DR. DR. ERNST HEISSMANN  
DIE BETRIEBLICHEN  
RUHEGELDVERPFLICHTUNGEN

Verlag Dr. Otto Schmidt, Köln, 496 Seiten, Leinen 36,—DM.

Ob wohl überhaupt noch Interesse an einem Buch über *betriebliche* Ruhegelder besteht? Mit der Rentenreform trat ohne gleitenden Übergang eine Strukturänderung im Gefüge der staatlichen Renten und eine Gefälleanhebung zwischen staatlichen und privaten Ruhegeldern ein. Die Gesamtsumme der beiden Rentenarten sah plötzlich oft wesentlich anders aus als bisher. Daraus entstanden bange und drängende Fragen. Erstens: Soll man überhaupt noch? Zweitens: Soll man, wenn schon, noch so wie früher?

Der Verfasser, ein in Gewerkschaftskreisen wohlbekannter Spezialist, hat nicht etwa nur eine 3. Auflage riskiert, was allein schon etwas wäre. Er hat vielmehr darüber hinaus gleich einleitend die soeben umschriebenen Kernprobleme angepackt, die jeden anspringen, der auch nur den Titel des Buches liest. Gewiß ist auf dem Gebiet der staatlichen Renten nicht mehr alles so, wie es war. Es ist aber vieles auch immer noch nicht so, wie es sein sollte.

Es gibt große wissenschaftliche Lehrbücher, bei denen der vor Jahren oder gar Jahrzehnten geschriebene Urtext stets stehenbleibt. Daran werden dann, bisweilen vom übernächsten Nachfahren des ursprünglichen Autors, Zusätze um Zusätze angehängt und Mühe aufgewendet, manchmal vergebliche Mühe, um diese Zusätze untereinander und mit dem Stammtext der Erstausgabe einigermaßen zu koordinieren. Heißmann schätzt diese Methode nicht. Er bearbeitet die Neuauflagen seiner Fachbücher wirklich neu. Man vergleiche etwa die Seite 3 der 2. Auflage mit Seite 35 der 3. Auflage, und man erkennt, daß in der Systematik, im ideenmäßigen Aufbau und in der äußeren Ein- und Aufteilung in der Tat alles neu geworden ist. Gesamtumfang 496 Seiten, statt 288 Seiten der 2. Auflage!

An Vollständigkeit der Betrachtungsweisen dürfte dieses Handbuch der betrieblichen Altersversorgung unerreicht sein. Arbeitsrecht, Steuerrecht, Betriebswirtschaft, Gesellschaftsrecht und Finanzierungsmethoden sind die Aspekte, unter denen das Thema variiert wird.

*Dr. Erich Frey*

HOLZNER, BURKART:  
AMERIKANISCHE UND DEUTSCHE  
PSYCHOLOGIE

Holzner Verlag, Würzburg o. J. 408 S., Ln. 28 DM.

„Eine vergleichende Darstellung“ heißt der Untertitel dieses Buches. Eine notwendige Aufgabe bei den vielen Berührungspunkten und der unterschiedlichen Entwicklung, die die Psychologie in Deutschland und Amerika aufzuweisen hat. Auch über die verschiedene Mentalität und Wissenschaftsauffassung ließe sich manches herausarbeiten. Aber Holzner stellt den versprochenen Vergleich nur selten und oberflächlich an. Was er bietet, ist eine Aneinanderreihung verschiedener Schulmeinungen. Sie werden bei der notwendigen Gedrängtheit der Darstellung wahrscheinlich nur denen verständlich, die sie schon kennen. Ihre Akzentuierung und Gruppierung ist oft fragwürdig, weil der Verfasser bell erscht wird von der Frage nach dem Zusammenhang zwischen Menschenbild und Erkenntnis-methode. Aber auch sie ist nur unzureichend behandelt. Daß die amerikanische Psychologie den Menschen stärker von außen bestimmt sieht, wird zwar deutlich. Da Holzner jedoch so zentrale Begriffe, wie Anpassung und soziale Rolle, zu stark unter dem Phänomen des Lernens sieht, versperrt er sich den Zugang zu sozial-psychologischen Einsichten. *Dr. Hans Tietgens*

FRIEDRICH EDDING  
INTERNATIONALE TENDENZEN IN  
DER ENTWICKLUNG DER AUSGABEN  
FÜR SCHULEN UND HOCHSCHULEN

Band 47 der Kieler Studien, Forschungsberichte des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, herausgegeben von Prof. Fritz Baade. Kiel 1958. 164 S. mit einem Tabellentheil von 156 S. Kart. 20 DM.

In diesem Jahrhundert hat das Schulwesen eine immer stärker werdende Bedeutung erlangt. Als Gradmesser können die Schulausgaben dienen, deren Anteil am Volkseinkommen in den meistentwickelten Industrieländern sich zwischen 1900 und der Zeit um 1955 von 1 bis 2 vH auf 4 bis 5 vH erhöhte. Künftig wird der Anteil voraussichtlich noch weiter ansteigen. Die wichtigsten Gründe für diese Entwicklung sind in der wachsenden Kompliziertheit wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Vorgänge und Organisationsformen, in der sich immer weiter und rascher ausdehnenden Industrialisierung, in dem laufend zunehmenden Rationalisierungs- und Automatisierungsgrad der hochindustrialisierten Volkswirtschaften und nicht zuletzt in dem harten Wettkampf zwischen Ost und West zu sehen. Gerade dieser Gegensatz beflügelt die USA, aber auch andere westliche Länder, seit dem Schock, den der erste Sputnik ausgelöst hatte, zu einem verstärkten Ausbau des Schulwesens, nachdem die Sowjetunion schon seit längerer Zeit auf diesem Gebiet ganz außer-gewöhnliche Anstrengungen unternimmt.

Die Sowjetunion hat in den letzten Jahren etwa 7 bis 8 vH ihres Volkseinkommens für das Bildungswesen ausgegeben, sie hat z. B. mit einer Durchschnittszahl von nur 17 Schülern je Lehrer in den allgemeinbildenden Schulen einen Stand erreicht, hinter dem die meisten anderen Länder weit zurückbleiben! Die entsprechenden Zahlen sind für Schweden 24, England und die USA 28, Sowjetzone zwischen 17 (Mittel- und Oberschulen) und 25 (Grundschulen), dagegen in der Bundesrepublik: 37 bei den Volksschulen, 26 bei den Mittelschulen und 22 bei den Oberschulen.

Die relative Höhe der Schulaufwendungen läßt den Willen erkennen, die Position des Landes im internationalen Wettbewerb entweder zu halten oder zu verbessern; sie zeigt aber auch den Rang, den das Schulwesen innerhalb der gesamten Aufwendungen der nationalen Gesellschaften jeweils innehat. Ganz allgemein ist es für alle Industrienationen heute charakteristisch, daß sie die zunehmende Produktivität nicht nur durch erhöhten Konsum und verlängerte Freizeit nutzen, sondern auch durch das Heraushalten eines immer größeren Teiles der Jugend aus der

unmittelbar produktiven Tätigkeit, wodurch andererseits eine wichtige Voraussetzung für weitere Produktivitätssteigerungen geschaffen wird.

Das sind einige der wichtigsten Erkenntnisse aus dem außerordentlich verdienstvollen Band 47 der Kieler Studien. Der Verfasser hat mühevoll das für internationale Vergleiche erforderliche, zum Teil schwer zugängliche statistische Material vieler Länder gesammelt und zu vergleichbaren Übersichten zusammengestellt, um daraus Tendenzen ablesen und Schlußfolgerungen ziehen zu können. Er vergleicht die Entwicklung und den neueren Stand der Schulausgaben in einer Reihe von Ländern und untersucht die Struktur der Ausgaben sowie den Einfluß einzelner Faktoren auf die Höhe der Ausgaben. So sind Ausgabenhöhe und -Struktur natürlich je nach Umfang, Dauer und Stufung des Schulbesuchs, den Klassenfrequenzen, der gesellschaftlichen Stellung des Lehrers und als dessen Folge der Höhe der Lehrerbesoldung unterschiedlich. Ein längeres interessantes Kapitel ist der Frage nach der Wirtschaftlichkeit der Schulausgaben gewidmet.

*Günter Pehl*